

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 25.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6088.

Hannover
Sonnabend, 14. Dezember 1901.

Geschäftsinserate pro 8 gespalt. Zeile oder deren Raum 25 Pf., für Zahlstellen 15 Pf. Offerten-Aannahme 10 Pf. Redaktion: Schillerstr. 5. Verlag: Nikolaisstr. 46.

10. Jahrg.

Zur Beachtung!

Des Weihnachtsestes wegen muß mit dem Versand der Nummer 26 des „Proletarier“ bereits am Dienstag früh begonnen werden. Es tritt deshalb schon Montag, den 23. Dezember, Mittags 12 Uhr, Schluß der Redaktion ein. Alle Sachen, die in Nummer 26 noch erscheinen sollen, müssen um diesen Zeitpunkt in meinen Händen sein.

Mit dem Jahreschlusse werden in einer Anzahl von Mitgliedsbüchern die Beitragsfelder vollgelebt, und müssen die Bücher durch neue ersetzt werden. Daher bringen wir zur Kenntniß, daß solche Ersatzbücher unentgeltlich von uns geliefert werden. Die am Orte vorhandenen nummerierten Bücher sind daher zu solchen Zwecken nicht zu verwenden. Auch Kollegen, die zum Militär ausgehoben sind, sich vor dem Eintritt in das Militärverhältnis ordnungsgemäß abgemeldet haben, erhalten, wenn sie sich wieder anmelden, unentgeltlich ein Ersatzbuch. Dagegen muß aller Ersatz für verlorene Bücher dem örtlichen Bücherbestand entnommen und von den Mitgliedern mit dem üblichen Eintrittsgeld bezahlt werden.

Mit kollegialischem Gruß

August Brey.

Die bürgerliche Presse und die Arbeiterkämpfe.

Von Brutus.

Napoleon I. hat schon vor hundert Jahren die Presse eine Großmacht genannt und damit sehr treffend den ungeheuren Einfluß bezeichnet, den dieselbe auf die Geister und Gemüther der Menschen ausübt. Das haben zu allererst die Kapitalprogen erkannt und darum verstanden sie es, diese Presse zu kaufen und in ihre Dienste zu stellen. In ganz raffinierter Weise üben nunmehr die kapitalistischen Zeitungen tagaus tagein die Kunst aus, den Lesern das Gehirn zu verkleistern und die öffentliche Meinung zu vergiften. Da eine offenkundige Lüge abstoßend wirkt und demnach ihren Zweck verfehlt, so arbeiten diese Brunnenvergifter mit halben Wahrheiten, mit Verdrehungen und Entstellungen; sie geben dem Publikum ein Gemisch von Wahrheit und Lüge und träufeln einen Gisttropfen nach dem anderen in die Volksseele. So machen sie künstlich Stimmung und lenken die öffentliche Meinung in ganz verkehrte Bahnen.

Besonders wenn es sich um die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter handelt, zeigt die Kapitalistenpresse, was sie gelernt hat; kein Mittel der Verleumdung ist ihr zu schlecht, wenn es gilt, den Arbeitern eins auszuwaschen; auch die sogen. parteilose Presse scheut sich nicht, wenn auch in etwas vorsichtigerer Weise, in das Arbeiterfeindliche Horn zu blasen. Natürlicher arbeitet das Preßsalfentum nicht umsonst, sondern es läßt sich ordentlich dafür bezahlen. „Anständige Leute schreiben nicht für mich!“ sagte Fürst Bismarck einmal; er war ein Meister in der Kunst, die öffentliche Meinung zu verfälschen und wußte ganz gut, daß diese Brunnenvergiftung Geld kostet. Daher gründete er den Reptilienfonds, woraus die Preßtrabanten gefüttert wurden. Zum Unglück für diese berufsmäßigen Verleumder und Wahrheitsverdreher wurde der Reptilienfonds aufgehoben und damit eine ebendamals so lustig sprudelnde Einnahmequelle verstopft.

Aber die journalistischen „Sauhirten“, wie Bismarck sie nannte, hatten „Schwein“, denn der sich damals bildende Zentralverband deutscher Industrieller gründete einen neuen Preßfonds, und von allen Seiten drängten sich die Reptilien heran an die Krippe. Den größten Hapen erschnappte der Ober-Preßkuli Viktor Schweinburg, ein Jude aus Galizien, der gegen baare Bezahlung gegen das Wohl und die Würde des deutschen Vaterlandes ritterlich kämpft und nebenbei wöchentlich zweimal in seiner „Neuen Reichskorrespondenz“ die Sozialdemokratie vernichtet und die für eine Verbesserung ihrer Lebenslage kämpfenden Arbeiter mit Dreck bewirft. Für diese saubere Tätigkeit erhält der patriotische Galizier alljährlich vom Zentralverband der Industriellen die nette Summe von 15 000 Mk. Zweimal wöchentlich reitet der edle Schwein—burg in die Schranken; statt des Falken, wie die mittelalterlichen Ritter, trägt er ein Kübel voll stinkender Jauche in der Hand, die er über seine Gegner mit elegantem Schwunge ausgießt. Anständige Leute halten sich allerdings die Nase zu, der edle Schwein—burg aber denkt

lächelnd an die 15 000 Mk. und spricht mit dem römischen Kaiser Vespasianus: „Pecunia non olet — Geld stinkt nicht!“ Dem Butheworte: „Jede Woche zwier — das macht im Jahre hundert und vier!“ entsprechend beschimpft dieser galizische Jude alljährlich in 104 Artikeln die deutschen klassenbewußten Arbeiter, ohne daß er der sonst so feinfühlenden Regierung als Ausländer irgendwie lästig fällt. Merkwürdig ist es doch; so manches harmlose Dienstmädchen aus Dänemark, so mancher ehrliche Arbeiter aus Italien oder Rußland fällt dem mächtigen deutschen Reiche lästig und wird ausgewiesen, dieser galizische Schwein—burg, der die deutschen Arbeiter gewerbsmäßig mit Dreck bewirft, macht sich angenehm und bekommt einen Orden. Das ist wirklich und wahrhaftig die verkehrte Welt!

Neuerdings scheint dem edlen Schweinbürger das Geld knapp geworden zu sein oder er ist wohl gar — schrecklich zu sagen! — mit einer Bohnenforderung an seine Arbeitgeber herantreten, denn der Zentralverband der Industriellen fordert in einem als „vertraulich“ bezeichneten Schriftstück seine Mitglieder dringend zu freiwilligen Beiträgen für den Preßfonds auf, „der hauptsächlich zur Herausgabe der „Neuen Reichskorrespondenz“ verwendet wird“. Bei dieser Gelegenheit bekommen wir auch einen Einblick in das Treiben der Herren Kapitalprogen; mit rührender Offenheit legen sie ihre Methode, die öffentliche Meinung zu vergiften, dar, indem sie in dem erwähnten Bittelbriefe Folgendes schreiben:

„Die „Neue Reichskorrespondenz“ wird kostenfrei an 465 Zeitungen versandt; dabei sind namentlich kleinere lokale Blätter ins Auge gefaßt, deren Herausgeber mit möglichst geringem Redaktionsaufwand arbeiten müssen, denen daher die „Korrespondenz“ außerordentlich willkommen ist. Diese lokalen Blätter, welche meistens in den Wirtschaftshäusern ausliegen, bringen mehr in das Volk als die großen Zeitungen und dienen daher ganz besonders dem mit der „Korrespondenz“ verfolgten Zwecke. Mit Rücksicht auf diesen Umstand haben wir bereits seit mehreren Jahren in der „Korrespondenz“, neben der Vertretung der allgemeinen wirtschaftlichen Interessen der Industrie, energisch den Kampf gegen die Umsturzparteien geführt; es sind wöchentlich ein bis zwei Artikel besonders gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie geschrieben worden. Gerade diese Artikel, welche sehr fleißig abgedruckt werden, haben der „Korrespondenz“ neue Freunde erworben, so daß sich die von Zeitungsverlegern ausgehenden Gesuche um Zusendung derselben wieder gemehrt haben.“

Unsere geehrten Mitglieder werden bei Beobachtung des Ganges der Verhältnisse in unserem öffentlichen Leben und des Kampfes der Parteien mit Bedauern wahrgenommen haben, daß sich, in Verfolgung von Sonderinteressen, der Gegensatz zwischen den einzelnen Berufsgruppen verschärft hat. Besonders wird die Industrie von verschiedenen Seiten immer stärker umdrängt, indem die Angriffe energisch gegen Institutionen in unserem Staats- und Wirtschaftsleben gerichtet werden, die als wesentliche Grundlagen einer gedeihlichen industriellen Tätigkeit angesehen werden müssen. Unter diesen Umständen werden unsere Mitglieder die Bedeutung der Bestrebungen des Zentralverbandes erkennen, welche darauf gerichtet sind, das Verständnis für die Bedeutung der Industrie und die Lebensbedingungen derselben durch die Tätigkeit der Presse im öffentlichen Leben zu fördern. Da zu dieser Tätigkeit die ordentlichen Mittel des Zentralverbandes nicht ausreichen, so hoffen wir, daß unsere geehrten Mitglieder der Eingangs an sie gerichteten Bitte nachkommen werden.“

Unsere Leser wissen nunmehr, wie es gemacht wird und in welcher harmloser und doch so raffinierter Weise die Kapitalistenprogen die öffentliche Meinung zu bearbeiten verstehen. Unter der verlogenen Döuse, „das Verständnis für die Bedeutung der Industrie und die Lebensbedingungen derselben zu fördern“, machen sie scharf gegen die Bestrebungen der Arbeiter. Daher ist es denn auch kein Wunder, daß die kleinen Käseblätter ausnahmslos den Standpunkt des Unternehmertums vertreten und ihre Leser in diesem Sinne beeinflussen.

In den Kämpfen zwischen Unternehmern und Arbeitern beobachten wir diese einseitige Stellungnahme am deutlichsten und ein deutscher Nationalökonom,

Professor Hertner, hebt mit Recht hervor, daß bei uns in Deutschland „die öffentliche Meinung die Stimmung der durch einen Streik gereizten Arbeitgeber wieder spiegelt“. Man gesteht allerdings den Arbeitern theoretisch das Koalitionsrecht zu, sobald sie aber davon Gebrauch machen, erklärt man die Organisationen für eine öffentliche Gefahr und für eine unerträgliche Bedrückung des Unternehmertums; man wagt den Arbeitern das Recht, die Arbeit niederzulegen, nicht zu bestreiten, trotzdem aber erblickt die irreführte öffentliche Meinung in jedem Streik ein Verbrechen und eine offene Auflehnung gegen die Autorität des Kapitals. Wenn dagegen die Unternehmer Hunderte und Tausende mit brutaler Rücksichtslosigkeit auf die Straße werfen, so deckt die feile Presse den Mantel der Liebe darüber. Jede Niederträchtigkeit der Kapitalprogen wird beschönigt, jede Ausschreitung, die sich die durch einen Streik oder eine Aussperrung erregten Arbeiter zu Schulden kommen lassen, wird in den gräßlichsten Farben geschildert. In dieser niederträchtigen Weise arbeiten zahllose große und kleine Zeitungen an der Verfälschung der öffentlichen Meinung. Und dabei sind die breiten Schichten des arbeitenden Volkes noch so dumm und unterstehen eine solche arbeitersfeindliche Presse durch ihr sauer verdientes Geld. Die Macher der öffentlichen Meinung, die sonst mit Vorliebe über die Verschwendung der „Arbeitergroschen“ jammern, saden eifrig die Groschen der kleinen Leute ein und bewerfen sie noch obendrein mit Dreck. Wie lange noch werden sich die Arbeiter dies gefallen lassen?!

Ferner liebt es die bürgerliche Presse, offen und versteckt die Arbeiter als minderwertige Personen hinzustellen, die nicht fähig seien, ihre Geschäfte selbst in die Hand zu nehmen; man spricht ihnen die Fähigkeit ab, ihr eigenes Wohl und Wehe zu beurteilen und möchte sie am liebsten als unmündige Kinder am Gängelbände führen. Aus diesem Grunde schwärmt man für das patriarchalische Verhältnis, das doch heutzutage völlig überlebt ist. Man geht von der irrigen Voraussetzung aus, daß der Unternehmer der Vormund des Arbeiters sei und daß Letzterer sich mit dem bescheiden müsse, was ihm sein Herr zubillige.

In Wirklichkeit stehen sich aber Arbeiter und Unternehmer als gleichberechtigte Faktoren gegenüber, weshalb Ersterer das Recht hat, die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit zu bestimmen und gegebenen Falls die Arbeit einzustellen. Die organisierte Selbsthilfe, welche das moderne, klassenbewußte Proletariat auf seine Fahne geschrieben hat, ist der schlappen, ideallosen Bourgeoisie ein Dorn im Auge. Deshalb ist es keineswegs eine Undankbarkeit gegen den Staat, „der so viel für die Arbeiter thut“, wenn diese sich selbst ein besseres Loos schmieden wollen und Schulter an Schulter für ihre Befreiung kämpfen, sondern es ist ein Beweis für das erwachende Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse, wenn der Riese Proletariat seine Glieder reckt und sich aufrafft aus langem Schlafe. Die bürgerliche Presse hat kein Verständnis für den Idealismus und den Opfermut, den die Arbeiter an den Tag legen; sie entrüstet sich oder sie höhnt über die „Arbeitergroschen“, die alljährlich im ureigensten Interesse des Proletariats verwandt werden; sie jammert über die Verblendung der organisierten Arbeiter, die sich den „Terrorismus“ ihrer Gewerkschaft gefallen lassen und von ehrgeizigen Führern „in die trivialen Streiks hineingehebt“ werden.

(Schluß folgt.)

Schutz gegen die Wirkungen der Kaltvulkanisation.

Nachstehend bringen wir das Ergebnis der am 12. November in Berlin abgehaltenen Konferenz zur Beratung von durch den Bundesrat zu erlassenden Schutzvorschriften für beim Vulkanisieren beschäftigte Arbeiter. Von den Unternehmern waren zugezogen Senator Maret-Harburg, Direktor Meyer-Leipzig, Direktor Spannagel-Berlin, Dr. A. Meßler-München, Dr. Gerlach-Hannover, Daubig-Nixdorf, Direktor Brück-Leipzig, Direktor Rathenau (Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft). Die Teilnahme dieser Fachleute veranlaßt die „Summit-Zeitung“ zu der Annahme, daß die neuen Verordnungen nicht allzu erschwerend ausfallen werden. Neben den namentlich aufgeführten und sieben Vertretern der

Regierungen nahmen noch sieben Vertreter der Arbeiter an den Beratungen Theil, d. h. soweit man geneigt ist, die drei Vorarbeiterinnen, die aus Berlin delegiert waren, und die drei Werkmeister aus Leipzig (zwei) und München (einer), als Vertreter der Arbeiter anzuerkennen. Ist man dazu nicht geneigt — wer könnte es bei der bekannten Abhängigkeit dieser Personen — dann, ist schließlich nur von zwei Vertretern der Arbeiter zu reden, einem aus Hannover und einem aus Berlin. Ueber nachfolgenden Entwurf war zu beraten.

Entwurf
von Vorschriften, betreffend die Einrichtung und den Betrieb gewerblicher Anlagen, in denen Gummimaterialien unter Anwendung von Schwefelkohlenstoff oder durch Chlorchloreschwefel dämpfe vulkanisiert werden.

Auf Grund des § 120a der Gewerbeordnung werden über die Einrichtung und den Betrieb gewerblicher Anlagen, in denen Gummimaterialien unter Anwendung von Schwefelkohlenstoff oder durch Chlorchloreschwefel dämpfe vulkanisiert werden, folgende Vorschriften erlassen:

§ 1. Die Arbeitsräume, in denen Gummimaterialien unter Anwendung von Schwefelkohlenstoff vulkanisiert werden, müssen mit Fenstern versehen sein, welche ins Freie führen, geöffnet werden können und eine ausreichende Lüftung ermöglichen. Die Räume müssen ferner mit wirksamen, mechanisch betriebenen Ventilationseinrichtungen versehen sein, durch welche die Luft nicht über dem Fußboden abgeführt wird. Mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde kann von einem mechanischen Betriebe der Ventilationseinrichtungen Abstand genommen werden, sofern auf andere Weise für frische Lufterneuerung gesorgt ist.

§ 2. Die Vulkanisierungsräume (§ 1) müssen von anderen zum Aufenthalt von Menschen bestimmten Räumen getrennt sein. Anderen als den beim Vulkanisieren beschäftigten Arbeitern darf der Aufenthalt in den Vulkanisierungsräumen nicht gestattet werden.

Die Zahl der darin beschäftigten Personen muß so bemessen sein, daß auf jede mindestens zwanzig Kubikmeter Luftraum entfallen.

§ 3. In die Vulkanisierungsräume dürfen nur die dem Tagesbedürfnisse dienenden Mengen von Schwefelkohlenstoff gebracht werden. Die weiteren Vorräte sind in besonderen, von den Arbeitsräumen getrennten Lagerräumen aufzubewahren.

Die zur Aufnahme der Vulkanisierungsflüssigkeit bestimmten Gefäße müssen von dauerhafter Beschaffenheit sein; die gefüllten Gefäße sind, so lange sie außer Benutzung sind, gut bedeckt zu halten.

§ 4. Die Vulkanisierungs- und Trodenräume dürfen nur durch Dampf- oder Wasserdampfheizung erwärmt werden. Eine künstliche Beleuchtung dieser Räume darf nur mittels elektrischer, durch feste Schutzglocken verwahrter Glühlampen erfolgen.

§ 5. Die zum Vulkanisieren langer Stoffbahnen dienenden Maschinen (Walzenwerke) müssen, um den Austritt von Schwefelkohlenstoffdämpfen in die Arbeitsräume thunlichst zu verhindern, mit einer Umarmung (z. B. einem Glasgehäuse) überdeckt werden, aus welcher die Luft mit einem mechanisch betriebenen Ventilator nach unten kräftig abzusaugen ist. Das Betreten des ummantelten Kammes darf Arbeitern nur bei Betriebsstörungen gestattet werden.

Mechanische Schutzeinrichtungen sind bei dem Vulkanisieren sogenannter Elektrik anzuwenden.

§ 6. Das Vulkanisieren aller anderen, nicht im § 5 bezeichneten Gegenstände muß unter Schutzkästen (Digestorien, Glasgehäusen) geschehen, in welche der Arbeiter nur seine Hände einzuführen braucht, und welche die Dämpfe von dem Gesichte des Arbeiters fernhalten.

Aus den Schutzkästen muß die Luft nach unten kräftig abgeführt werden.

§ 7. Die Vorschrift des § 6 findet auch auf das Vulkanisieren sowohl der Außen- wie der Innenwände von Gummischläuchen Anwendung.

Beim Vulkanisieren der Innenwände darf es nicht geduldet werden, daß die Arbeiter die Vulkanisierungsflüssigkeit mit dem Munde anfangen.

§ 8. Nach ihrer Benetzung mit der Vulkanisierungsflüssigkeit dürfen die Waren nicht offen in den Vulkanisierungsräumen liegen bleiben, sondern müssen entweder unter einem bestimmten Schutzkasten (§ 6) gehalten oder sofort in besondere Trodenräume verbracht werden.

Die Trodenräume müssen so eingerichtet sein, daß sie zum Einlegen und Herausnehmen der vulkanisierten Gegenstände nicht betreten zu werden brauchen. Das Betreten der Trodenräume, während sie im Betriebe sind, darf den Arbeitern nicht gestattet werden.

§ 9. Erfolgt das Vulkanisieren durch Chlorchloreschwefel dämpfe, so muß der zu ihrer Entschickung dienende Raum so eingerichtet, insbesondere derart abgedichtet sein, daß ein Austritt der Dämpfe in die übrigen Arbeitsräume verhindert ist. Das Betreten des Vulkanisierungsraumes darf erst nach seiner völligen Anstimmung gestattet werden.

§ 10. Personen unter 18 Jahren dürfen mit dem Vulkanisieren unter Anwendung von Schwefelkohlenstoff oder mit sonstigen Arbeiten, bei denen sie der Einwirkung von Schwefelkohlenstoff ausgesetzt sind, nicht beschäftigt werden.

§ 11. Die Beschäftigung mit den im § 10 bezeichneten Arbeiten darf nur unter folgenden Umständen zulässig sein: a) wenn die Beschäftigung nicht länger als zwei Stunden und täglich im Ganzen nicht länger als vier Stunden dauert; b) wenn die Arbeiter zwei Stunden geduldet hat, mindestens eine Stunde lang (durch eine Arbeitspause von mindestens einer Stunde) zu unterbrechen.

§ 12. Der Arbeitgeber hat allen mit den im § 10 bezeichneten Arbeiten beschäftigten Arbeitern Arbeitsanzüge im ausreichender Zahl und zweckentsprechender Beschaffenheit zur Verfügung zu stellen.

Er hat durch geeignete Anordnungen und Beaufsichtigung dafür Sorge zu tragen, daß die Arbeitskleider während der Zeit, wo sie sich nicht im Gebrauche befinden, an den dafür bestimmten Orten aufbewahrt werden.

§ 13. Von den Arbeitsräumen getrennt müssen für die mit den im § 10 bezeichneten Arbeiten beschäftigten Arbeiter nach Geschlechtern getrennte Schlaf- und Ankleideräume vorhanden sein. Diese Räume müssen sauber gehalten und während der Winterzeit geheizt werden.

In den Schlaf- und Ankleideräumen müssen Wasser, Seife und Handtücher sowie Einrichtungen zur Bewässerung der Hände vorhanden sein, welche vor Beginn der Arbeit abgestellt werden, in ausreichender Menge vorhanden sein.

§ 14. Der Arbeitgeber hat die Überwachung des Gesundheitszustandes seiner der Einwirkung von Schwefelkohlenstoff ausgesetzten Arbeiter einem beim Gesundheitsämte bestimmten Arzt zu übertragen, der einen oder mehrere seiner Arbeiter im Betriebe anzufragen und bei ihnen auf die Anzeichen eines durch Schwefelkohlenstoffvergiftung zu achten hat.

Auf Anordnung des Arztes sind Arbeiter, welche Zeichen von Schwefelkohlenstoffvergiftung aufweisen, bis zur völligen Genesung, welche der Arbeiter nach dem Verschwinden der Anzeichen der Schwefelkohlenstoffvergiftung gegenüber, besonders empfindlich erweist, dauernd aus dem Betriebe der im § 10 bezeichneten Arbeiten auszuschließen.

§ 15. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, zur Kontrolle über den Beschäftigten und Bestand sowie über den Gesundheitszustand der mit Arbeiten der im § 10 bezeichneten Art beschäftigten Arbeiter ein Buch zu führen oder durch einen Betriebsbeamten führen zu lassen. Er ist für die Vollständigkeit und Richtigkeit der Eintragungen, soweit sie nicht vom Arzt bewirkt werden, verantwortlich.

Dieses Kontrollbuch muß enthalten:
1. den Namen dessen, welcher das Buch führt,
2. den Namen des mit der Überwachung des Gesundheitszustandes der Arbeiter beauftragten Arztes,
3. Vor- und Nachnamen, Alter, Wohnort, Tag des Eintritts jedes der im Abs. 1 bezeichneten Arbeiter, sowie die Art seiner Beschäftigung,
4. den Tag und die Art der Erkrankung eines Arbeiters,
5. den Tag der Genesung,
6. die Tage und Ergebnisse der im § 14 vorgeschriebenen allgemeinen ärztlichen Untersuchungen.

§ 16. Der Arbeitgeber hat für die mit Arbeiten der im § 10 bezeichneten Art beschäftigten Arbeiter verbindliche Bestimmungen über folgende Gegenstände zu erlassen:

- Die Arbeiter dürfen Nahrungsmittel nicht in die Vulkanisierungsräume mitnehmen. (Das Einnehmen der Nahrungsmittel ist nur außerhalb dieser Räume gestattet.)
- Die Arbeiter haben die in den §§ 5-7 bezeichneten Schutzeinrichtungen sowie die ihnen übergebenen Arbeitskleider (§ 12) bei denjenigen Arbeiten, für welche es von dem Arbeitgeber vorgeschrieben ist, zu benutzen.
- Die Arbeiter haben die vom Arbeitgeber gemäß § 5 Abs. 1 Satz 2, § 7 Abs. 2 und § 8 Abs. 2 Satz 2 getroffenen Anordnungen zu befolgen.

In den zu erlassenden Bestimmungen ist vorzusehen, daß Arbeiter, welche trotz wiederholter Warnung den vorstehend bezeichneten Bestimmungen zuwiderhandeln, vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung entlassen werden können.

Ist für einen Betrieb eine Arbeits-Ordnung erlassen (§ 13a der Gewerbe-Ordnung), so sind die vorstehend bezeichneten Bestimmungen in die Arbeits-Ordnung aufzunehmen.

§ 17. In den Vulkanisierungsräumen (§ 1) muß eine Abschrift oder ein Abbild der §§ 1-16 dieser Vorschriften, sowie der gemäß § 16 vom Arbeitgeber erlassenen Bestimmungen an einer in die Augen fallenden Stelle aushängen.

§ 18. Die vorstehenden Vorschriften treten mit dem 1. April 1903 in Kraft. Soweit zur Durchführung der Vorschriften der §§ 1, 5, 6, 8 Abs. 2, § 13 bauliche Veränderungen erforderlich sind, können hierzu von der höheren Verwaltungsbehörde Fristen bis höchstens zum 1. April 1903 gemährt werden.

Mit Rücksicht auf die Gefahr, die dem Leben und der Gesundheit der in solchen Räumen arbeitenden Kolleginnen und Kollegen droht, stellen diese Bestimmungen doch nur das Mindestmaß dessen dar, was man zum Schutze der Arbeitenden billiger Weise fordern kann.

Trotzdem war das Wenige den Unternehmern noch zu viel. Bezeichnend für deren Werthschätzung des Arbeiterschutzes ist es, daß die Regierungsvertreter den angeregten „Verbesserungs“bestrebungen der Unternehmervertreter entgegengetreten mußten, während Verbesserungen von den Arbeitern angeregt wurden. So zu § 1, daß die Vulkanisierungsräume 3 Meter hoch sein und wegen der großen Feuergefahr zwei Ausgänge haben müssen.

Der Antrag des Kollegen aus Hannover, die Arbeitszeit in den Vulkanisierungsräumen auf täglich zwei Stunden zu beschränken, die Beschäftigung darin schwangeren Frauen ganz zu verbieten, fiel. Gegen ihn stimmten auch die Vorarbeiterinnen und Werkmeister. Man vergegenwärtigte sich, daß die Fabrikinspektoren für Berlin und Potsdam die Dauer der Beschäftigung in den „Gichtkammern“ auf 1½-2 Stunden beschränkt wissen wollten, dann kann man ermessen, daß eine Beschäftigungsdauer von 2 Stunden pro Tag in den bewussten Räumen mehr als ausreichend war. Die schwangeren Frauen und deren Leibesfrucht gegen Vergiftung zu schützen, wäre durchaus angemessen gewesen. Es ist geradezu erstaunlich, wie die genannten Vorarbeiterinnen den Schutz der Geschwistergenossinnen in solchen Zuständen so gering werthen konnten. Die ganzen Bestimmungen sollen mit der zu § 1 bei „Lösen“ Abänderung mit dem 1. April 1902 in Kraft treten.

Soziale Rundschau.

— Die deutsche Papierindustrie ist in hervorragendem Maße Exportindustrie, und zwar sowohl die Papierherstellung, als die Papierverarbeitung. Im vorigen Jahre (1900) betrug an Papieren und Pappen: der Import 129 000 Meterzentner im Werthe von 4,7 Millionen Mark; der Export 1 029 000 Meterzentner im Werthe von 32,4 Millionen Mark; an Erzeugnissen der Papierverarbeitungs-Industrie: der Import 45 000 Meterzentner im Werthe von 17,4 Millionen Mark, der Export 437 000 Meterzentner im Werthe von 133,6 Millionen Mark. Hieraus ergibt sich, daß in der Papier- und Pappenfabrikation Deutschlands die Ausfuhr mehr als das Achtfache der Einfuhr, in der Papierverarbeitungs-Industrie die Ausfuhr mehr als das Neunfache der Einfuhr beträgt.

— Die Bauhätigkeit scheint nach einer Umfrage, die das Fachorgan „Der Zimmerer“ veröffentlicht, wieder etwas im Aufsteigen begriffen zu sein. Aus mehreren Städten wird die jetzt zu Ende gehende Baukonjunktur als befriedigend bezeichnet, daneben für das kommende Vierteljahr über verhältnismäßig gute Aussichten und Bauauftragungen berichtet. In Elberfeld war die Bauhätigkeit eine sehr gute. Elberfeld hat gegen über geringe Bauhätigkeit erlitten, hier das gerade Gegenteil beobachtet werden kann. In Darmstadt und im Anfang September mehr Wohnhausneubauten ausgesetzt worden, als im Jahre vorher. Berlin zeigt einen Aufschwung, der aus folgenden Zahlen ersehen werden kann: 1899-01 betrug die Zunahme an Grundstücken und Baugesamtheit bei der hiesigen Feuerpolizei 42 Grundstücke im Werthe von 143 Millionen Mark, im folgenden Jahre nur noch 28 Grundstücke mit 133 Millionen Mark Werth und im Jahre 1899 bis 1900 nur noch 135 Grundstücke mit

90 Millionen Mark Werth, d. h. 287 Grundstücke, im Werthe von 55 Millionen weniger als vor zehn Jahren. Der Unterschied würde noch weit bedeutender sein, wenn nicht in den letzten Jahren die großen Baukonjunktur im Zentrum und einige große Geschäfts- und Fabrikgebäude in der Ritter- und den angrenzenden Straßen gebaut worden wären. In diesem Jahre ist bis jetzt die Bauhätigkeit noch geringer als im vorigen, was auf den Zusammenbruch der Hypothekenbank zurückgeführt wird.

Aus Bingen wird berichtet, daß die Zahl der von der Stadt aufgeführten Bauten sehr gering ist, dagegen ist die private Bauhätigkeit sehr reg. So hat man eine schlechte Baukonjunktur zu verzeichnen, die Bauauftragungen erreichten kaum ein Viertel des Vorjahres. In Soest war die Bauhätigkeit nicht so reg, als es in Anbetracht der Wohnungsnot wünschenswert gewesen wäre. In Gumburg und den Vororten wurden im Jahre 1900 Neubauten im Werthe von 27,5 Millionen baupolizeilich angemeldet, während im Jahre vorher 30,9 Millionen zur Anmeldung gelangten. In Hannover hat die Bauhätigkeit in den letzten zwei Jahren merklich nachgelassen, mit Rücksicht auf die Nachfrage nach Bauplänen läßt sich aber im nächsten Jahre eine lebhaftere Bauhätigkeit erwarten. In Gilsbeheim sind eine Anzahl Bauten noch in Arbeit. In Kiel herrscht eine lebhaftere Bauhätigkeit. Trotz der vorgerückten Jahreszeit werden mehrere Neubauten begonnen. Die Hauptthätigkeit vertieft sich auf die Pflanzstraßen, in welcher angeblich 7 Häuser in verschiedenen Städten im Bau sind, die Kaiser-, Johanne- und Elisabethstraße. Dennoch fehlt es an kleineren Wohnungen, so daß die Baracken noch voll besetzt sind. An der Preker-Graben beginnt die Firma Krupp mit dem Bau eines Direktionsgebäudes. Allem Anscheine nach werden die Krupp'schen Arbeiterhäuser nicht so weit fertiggestellt, daß sie noch in diesem Jahre alle bezogen werden können. Die Arbeiten an dem Gebäude, in welchem ein Konsumgeschäft eingerichtet werden soll, gehen nur langsam fort.

— Der Millionenprotest des arbeitenden Volkes gegen den Wucher- und Hungertarif ist am 3. Dezember dem Reichstagsbureau übermittelt worden. Wir geben im Nachstehenden eine ausführliche Uebersicht über das Ergebnis der Protestunterschriften, geordnet nach preussischen Provinzen und nach Bundesstaaten. Zur Vergleichung ist die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen daneben gesetzt, die bei der Hauptwahl 1898 abgegeben wurden.

	Unterschriften	Sozialdemokratische Stimmen am 16. Juni 1898
Provinz Ostpreußen	41 166	45 644
Provinz Westpreußen	6 803	11 190
Stadt Berlin	530 795	155 411
Provinz Brandenburg (ohne Berlin)	282 499	161 507
Provinz Pommern	42 806	38 948
Posen	4 773	4 586
Schlesien	132 273	134 117
Sachsen	142 010	147 610
Schleswig-Holstein	145 000	81 940
Hannover	197 972	98 286
Westfalen	100 957	76 779
Hessen-Nassau	75 372	73 984
Rheinland	146 869	111 735
Königreich Preußen	1 849 295	1 141 958
Bayern	325 053	138 218
Sachsen	471 318	299 190
Württemberg	69 583	62 452
Großherzogthum Baden	58 149	50 325
Hessen	60 700	48 942
Mecklenburg-Schwerin	31 240	42 068
Mecklenburg-Strelitz	6 885	4 872
Sachsen-Weimar	13 821	18 457
Oldenburg	21 971	11 012
Herzogthum Braunschweig	48 867	26 272
Sachsen-Meiningen	9 387	12 193
Sachsen-Altenburg	28 432	14 143
Sachsen-Coburg-Gotha	25 639	16 842
Anhalt	34 632	23 548
Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt	6 823	6 638
Waldeck	1 054	1 169
Rheinl. u. (Greif)	17 015	6 339
Rheinl. u. (Gera)	21 952	12 044
Rippe (Detmold)	2 908	1 973
Freie Stadt Lübeck	17 549	9 729
Bremen	53 688	18 636
Hamburg	206 662	82 129
Mülhausen i. E.	18 232	13 610
Diverse Unterschriften aus dem Reich	10 874	

Die Gesamtzahl der Unterschriften aus dem Reich beläuft sich demnach bis jetzt auf 3 431 784. Dabei laufen noch fortwährend Unterschriften ein. Die Petition wiegt 15 Zentner.

— Der Beschäftigungsgrad in den Spinnereien steht gegenwärtig unter dem Zeichen der Erzeugungseinschränkungen, von denen namentlich die Baumwoll- und Leinenindustrie betroffen ist. Die westdeutsche Baumwollspinnerei beschäftigt ca. 17 000 Arbeiterkräfte, von denen nur ein ganz minimaler Prozentsatz voll beschäftigt ist. Meist ist die Betriebseinschränkung so bemessen, daß durchschnittlich nur 5 Tage in der Woche gearbeitet wird. In den Bezirken M.-Glabach, Düren, Wannen, Eibersfeld, Rhend und Düsseldorf beträgt der Verdienstausfall der Arbeiter gegenüber einem vollen Beschäftigungstag mindestens 30 000 M. pro Woche. Dabei ist der Beschäftigungsgrad so schwach, daß eine weitere Betriebseinschränkung wahrscheinlich unvermeidbar ist. Auch in Sachsen wird mehr als 10 000 Arbeiterkräfte in der Erzeugung in den Baumwollspinnereien herabgesetzt worden. Die Arbeitgeber sind zusammengetreten, um eine einheitliche, allgemeine Reduktion von 20 Prozent durchzuführen.

Wieslach noch schlimmer als die Arbeiter in Westdeutschland und in Sachsen sind die Spinner im Oberrhein daran, wo in einzelnen großen Betrieben nur noch vier Tage in der Woche gearbeitet wird. Von ca. 13 000 Arbeitern wird binnen Kurzem der größere Theil unter dieser verlustbringenden Erzeugungseinschränkung arbeiten. Der andere Theil arbeitet aber keineswegs voll, sondern höchstens 5 Tage in der Woche. Auch die Leinwandspinnerei ist schlecht beschäftigt, so daß die bisher schon geübte Erzeugungseinschränkung die in Schlesien einen Tag pro Woche beträgt, verlängert werden muß. Der Verband der schlesischen und sächsischen Spinnereibesitzer, der zwar nicht alle, aber den größten Theil sämmtlicher Spinnereien repräsentirt, hat zunächst für weitere drei Monate, also bis Ende Februar die Aufrechterhaltung der Betriebseinschränkung beschlossen. Von dieser Verkürzung wird der größte Theil der in deutschen Leinwandspinnereien beschäftigten Arbeiter betroffen, von 23 000 etwa 14 000.

Vom sozialen Kampflage.

In Göstlin sind die Feinde und Gegner gegen unsere Organisation wieder einmal an der Arbeit gewesen. Bei der großen Aussperrung im Sommer d. J. ist es ja den Arbeitern sonnenklar geworden, wer der geistige Leiter dieser gegen die Arbeiter-Inszenierten Gehe war. Diese „autoritative Seite“ wird auch heute noch nicht ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit eingestellt haben. Der Besitzer der Dampfmoellerei und Delikatessfabrik, Herr C. Waldemann, ist es, der uns bei Anbruch des Winters gegen die organisierten Arbeiter vorgeht. Er kündigt Personen den Arbeitsvertrag auf, die jahrelang — sogar 17 und 10 Jahre — bei ihm beschäftigt waren. Warum? Die Arbeiter seines Betriebes hatten sich unserem Verbands angegeschlossen, im laufenden Jahre wurden auch Verhandlungen über Festhaltung ihres Lohnes mit dem Besitzer angebahnt, sie hatten sich also eines vollkommen geselligen und loyalen Vorgehens befleißigt. Daß sie Ursache zu ihrem Vorgehen hatten, erkannte der Besitzer dadurch an, daß er ihrem Antrage nachkam. Wie der Herr nun einräumt, will er nach und nach alle alten Arbeiter nach der Reihenfolge, wie sie im Frühjahr die Forderung unterschrieben hatten, entlassen. Das ist deutlich, aber geschäftlich sehr kurzfristig. Was denkt der Herr, wohl was eingetreten wäre, wenn im Frühjahr d. J. seine Arbeiter nicht organisiert waren? Glaubt der Herr und sein Rathgeber, den wir sehr genau kennen, etwa die Lohnforderung wäre unterblieben? Keineswegs! Sie wurde gestellt, es kam zum Streik, und dem Herrn C. Waldemann wäre ein unberechenbarer Schaden durch zu Grunde gehen von Materialien und Waaren erwachsen. Daß ihm dieser Schaden erspart, verdankt er den organisierten Arbeitern. Dafür ernten sie nun den reinen Teufelsdank. Aber den Herrn versichern wir, daß er diesen Akt bereut, wenn er erst die Erfahrung hinter sich hat, daß es sich mit organisierten Arbeitern besser arbeiten läßt als mit unorganisierten, unfähigen, unerfahrenen Kräften. Diese Erfahrung wird ihm aber nicht erspart bleiben.

Der Streik in der Fahrradfabrik von Gebr. Giese u. Co. in Offenbach a. M. wurde am Sonntag, den 1. Dezember, durch gütliche Auseinandersetzung beigelegt. Die Firma willigte in eine Lohnreduktion von 10 Prozent anstatt 25 Prozent und verspricht, bei Besserung der Geschäftslage die bisherigen Löhne weiter zu bezahlen. Einige Arbeiter, die nicht sofort wieder eingestellt werden konnten, sollen in erster Linie Berücksichtigung bei Neueinstellungen finden.

In den „Wesfälischen Stanz- und Emailwerken vorm. J. S. Kerkmann“ in Ahlen in Westfalen hat die Direktion mit Rücksicht auf die schlechte Geschäftslage eine Herabsetzung der Löhne um 20 Prozent und gleichzeitig, „um den Arbeitern die Lohnkürzung so wenig wie möglich fühlbar werden zu lassen“, die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit um eine Stunde verfügt. Von den Arbeitern ist die Sperre über den Betrieb verhängt.

In der Berlin-Gubener Tufffabrik vormalig A. Cohn zu Guben ist am 27. November den Matrizenziehern ein Lohnabzug von 20 Prozent angekündigt worden mit dem Bemerkten, daß diejenigen, welche nicht damit einverstanden sind, ihre Kündigung zu gewärtigen haben. Um diesem Lohnabzug Nachdruck zu geben, wurden in den Lokalblättern sowie anderwärts Annoncen eingerückt, worin Matrizenziehler für die betr. Fabrik gesucht werden. Jede Verhandlung wurde abgeschnitten mit dem Bemerkten: „Wer nicht für den Preis arbeiten will, kann aufhören.“ In dem Betrieb werden ungefähr 700 Personen beschäftigt und die Geschäftskonjunktur kann für das ganze Jahr hindurch als eine gute bezeichnet werden. Wurden doch 10 Prozent an Dividende bezahlt und zudem die Gehälter der Direktoren um ein Bedeutendes erhöht.

Lohnkürzung von 10 Prozent. Die Stadtfabrik von G. E. Meyer junior in Harburg hat dem auf der Fabrik bestehenden Arbeiter-Ausschuß mitgeteilt, daß in fast sämtlichen Werkstätten, außer der Stadtabteilung, zum 1. Januar 1902 die Akkordsätze um 10 Prozent herabgesetzt werden sollen. Eine solche kolossale Herabsetzung der Akkordlöhne würde für viele Arbeiter einen Verlust von 2-3 Mk. bedeuten. Daß die Fabrikleitung den Arbeitern eine derartige Lohnkürzung in einer Zeit zumuthet, wo alle Bedarfartikel im Preise steigen, muß die Arbeiter aufs Höchste erregen. Es herrscht denn auch gegenwärtig auf der Fabrik eine starke Gährung. Es verdient die Stadtfabrik an dieser Reduzierung, wenn man auch nur für jeden Arbeiter 2 Mk. pro Woche rechnet, über 50 000 Mark pro Jahr. Die Stadtfabrik geht bisher noch als human. Daß sie den Arbeitern gerade jetzt, zu dem Feste der Liebe, als Geschenk eine 10prozentige Lohnkürzung anbietet, wird ihr einen großen Theil dieses guten Rufes rauben.

Agitation im Gau Hessen.

Im Auftrage des Gauvorstandes von Hessen unternahm Ende unterzeichnete eine Agitationstour durch den Gau während der Zeit vom 1. bis 19. November. Die erste Versammlung fand statt im Gewerkschaftshaus zu Hanau. Dieselbe war gut besucht und brachte einen Mitgliederzuwachs von 17 Personen. In Hahneheim a. M. war ebenfalls der Versuch ein guter, leider waren es nur organisierte Arbeiter; auf deren Besuch wir reflektiert, die Indifferenten fehlen ja. Von dort ging's am Sonntag Nachmittag nach Gelnhausen und des Abends nach Hanau. Beide Versammlungen waren glänzend besucht und brachten einen achtenswerten Mitgliederzuwachs. In Palmhausen, einem Ortchen von ca. 500 Seelen, war doch eine Versammlung von 200 Personen beisammen, da aus den umliegenden Orten die Besucher mit

herbeigekürt waren. Aus dem Orte Weiskirchen ver sprachten die Kollegen, von denen eine stattliche Anzahl anwesend, zumal die Teilnehmer und in nächster Zeit am eigenen Orte eine Zahlstelle ins Leben zu rufen. Der nächste Versuch der Versammlung hatte die Halle mancher Seite erregt, die ihrem Reiz in Schimpfereien im dortigen Ratskeller Luft machten. Kräftig besucht war auch die Versammlung in Bieber, die ebenfalls aus einer Anzahl Mitglieder bestand. Bis zum letzten Platz war der große Saal des neuverbauten Gewerkschaftshauses in Hechenheim besetzt. 37 Neuaufnahmen waren zu verzeichnen. Die Zahl derselben wäre sicher noch bedeutend größer gewesen, wenn nicht die Arbeiter in den Schlaßalen der Fabrik rechtzeitig da sein müßten, entsprechend der Hausordnung. Es wird sich empfehlen für unsere Hechenheimer Kollegen, daß sie Agitationsversammlungen gleich nach Schluß der Fabrik anberaumen. Gut besucht war die Versammlung im Gewerkschaftshaus zu Franfurt. Der greifbare Erfolg wäre hier jedenfalls ein besserer gewesen, hätte uns der Saal statt nur 9, bereits um 8 Uhr zur Verfügung gestanden. So lehrten viele, denen gesagt ward, im Saale sei Regitation, um, in der Meinung, die Versammlung solle aus. Tüchtig agitiert zu ihrer Versammlung hatten auch die Kollegen in B ü r g e l. Der schöne große Saal, der den Arbeitern dort zur Verfügung steht, war gut besetzt und erfolgte eine Reihe Neuaufnahmen. Einen guten Erfolg erzielten wir ebenfalls in Pfungstadt, wo die Zahl der Aufgenommenen zwar nur 17 betrug, darunter aber die meisten aus den dortigen Fabriken, in welche einzubringen uns bisher nicht gelingen wollte. Sehten sich unsere dortigen Mitglieder doch bisher fast nur aus Ziegeleis- und Waldarbeitern. Unsere Kollegen versprochen, durch intensive Hausagitation mit dem „Wesfäl.“ diesen Winter ihre Organisation auszubauen. Unsere Darmstädter Kollegen hatten denselben Fehler gemacht, der leider so oft von unseren Kollegen gemacht wird, sie hatten ein so kleines Lokal genommen. Derselbe war bald überfüllt, aber — von organisierten Arbeitern aller Branchen. Wir erzielten denn auch nur wenige Ausnahmen. Auch hier wäre eine Hausagitation sehr zu empfehlen. Von Darmstadt ging's denselben Abend noch nach Urbach, wo unsere Zahlstelle vor Jahresfrist zu Grunde gegangen. Die Versammlung war eine glänzende im Verhältnis zur Einwohnerzahl, wohl die imposanteste der ganzen Tour. Mit 41 Personen ward aus Neue eine Zahlstelle gegründet und versprochen die Genossen, die die Führung der Arbeiterbewegung in Händen haben, für den weiteren Ausbau mit aller Kraft tätig zu sein. Am Montag sollte in Griesheim Versammlung sein; der Brief, der den Kollegen über den Tag der Versammlung Mitteilung machen sollte, war leider auf der Post verloren gegangen und dieserhalb keine Versammlung anberaunt. Am nächsten Freitag fand dieselbe statt und hielt unsere Kollegin Trödel das Referat. In Bodenheim haben wir leider nur ein kleines Lokal zur Verfügung, das bald überfüllt war und Manche noch umkehren mußten. Eine glänzende, von mindestens 1200 Personen besuchte Versammlung tagte im großen Saale des Gewerkschaftshauses in Offenbach. Unsere Kolleginnen und Kollegen hatten eben gut vorgearbeitet und blieb der Erfolg denn auch nicht aus. Es that aber auch noch. Ist doch die Zahl unserer Mitglieder in der letzten Zeit bedeutend retour gegangen, und das in dem hochindustrialisierten Offenbach. Einer tüchtigen, stetigen Agitation wird es bedürfen, um die Schwärze wieder auszuweichen und vorwärts zu kommen. Die Versammlung hat dazu das Ihrige gethan. Glänzend besucht war die Versammlung in G ü t t e l. Das Referat derselben waren 30 Neuaufnahmen. Wie nützlich unsere Kollegen es haben, sich einen Rückhalt in der Organisation zu schaffen, erhebt H ä r d i c h die Thatsache, daß für die Abwärts anstrebende und ungeliebte Arbeit in den Harbwerken der jammervolle Verdienst von 2,30 Mark als Anfangslohn erzielt wird. Das Ungeheuer der Arbeit würde sowohl hier als auch in Griesheim und Hechenheim weit mehr in Erscheinung treten, wären die chemischen Fabriken nicht die reinen Taubenschlüge, die immer von Neuem das Rekrutierungsgebiet für den Bedarf an Arbeitskräften hier im Rhön- und Spessartgebirge, dort im Taunus fänden. Von Höchst ging es nach dem Königreiche Heßl's von Herrnsheim, worin schon verschiedentlich hatten unsere Kollegen den Versuch des Zusammenschlusses gemacht, immer wieder zerfiel die Organisation, meistens in Folge vollständigen Lokalmangels. Jetzt ist es den Arbeitern gelungen, sich ein eigenes Heim zu schaffen. In demselben tagte auch die Versammlung, die zwar von politischer Seite aus arrangiert, uns aber trotzdem eine Anzahl Mitglieder zuführte, die in nächster Zeit zusammenzutreten werden, um die Konstituierung einer Zahlstelle zu vollziehen. Eine gütigste Versammlung tagte in F i n t e r s, einer noch jungen Zahlstelle, die von unseren Mainzer Kollegen gegründet, bereits über 100 Mitglieder zählt. In der am Sonntag Morgen im Foyer der „Stadthalle“ in Mainz tagenden Versammlung hätten wir auch lieber eine größere Anzahl Unorganisierter an Stelle der aus den verschiedensten Branchen erschienenen Organisierten gesehen. Am selben Tage fanden noch zwei weitere Versammlungen statt, des Nachmittags in B i e b r i c h, des Abends in A m d n e b u r g. Beide waren sehr stark besucht. Die erste brachte uns 24 Neuaufnahmen, in der zweiten meldeten sich 9 Personen, die in nächster Zeit eine eigene Zahlstelle sich schaffen werden. Den Schluß machte G i e s e n, wo ebenfalls einige Aufnahmen zu verzeichnen waren.

Die Tour, die vom Gauvorstand gut vorbereitet war, hat ein gut Theil zur Stärkung der in Frage kommenden Zahlstellen beigetragen. Sind doch insgesammt 270 neue Mitglieder gewonnen und ist zu vier neuen Zahlstellen der Grund gelegt. Nicht überall konnte man bezüglich der Vorbereitung der Versammlungen den einzelnen Zahlstellen dasselbe Lob erteilen, wie dem Gau, wenn man an den meisten Orten allerdings sagen mußte, unsere Kollegen hatten sehr fleißig vorgearbeitet. Wo das geschehen, blieb denn auch der Erfolg nicht aus. Würde der Eifer unserer Kollegen auch in Zukunft nicht nachlassen, um das Erreichte zu halten. Erfüllen sie daneben das fast überall gegebene Versprechen, durch fleißige Hausagitation uns bisher noch fernstehende anzuführen, so wird die Zeit der Krise unsere Organisation nicht schwächen, sondern stärken.

Leitende Seite

Kolleginnen und Kollegen, denkt an den Streikfonds! Neben dem Pflichtbeitrag werden freiwillige Zuwendungen mit dem größten Dank entgegengenommen. Außerdem sind Marken à 25 und 50 Pf. stets von uns zu beziehen.

Zur Agitation werden unentgeltlich und portofrei zugeandt: Der „Wesfäl.“ (auch in polnischer und italienischer Uebersetzung), ein Flugblatt an die Arbeiterinnen und Aufnahmefreunde.

Korrespondenzen.

Bergedorf. Wenn das nicht zieht, zieht gar nichts mehr. Nachdem alle Bemühungen der Bergedorfer Stadtfabrik, in Firma R. Jenders, das durch den Streik von 1897 in die Trübe gegangene Vertrauen ihrer Arbeiter wiederzuerlangen, nicht den gewünschten Erfolg gezeitigt haben, ist diese Firma

auf den originellen Gedanken gekommen, die erkrankten Herzen ihrer Arbeiter mit „Seife!“ zu erwärmen und verankert mit diesem Zwecke alljährlich ein Nachwurfsfest. Sonderbarer Weise werden aber zu diesem unaufrichtigen Festessen nur das Kontorpersonal, die Aufsicher und die Mitglieder des Gesangs- und Musikvereins „Euterpe“ eingeladen. Die übrigen Arbeiter hält man nicht für würdig, sich an der beliebtesten „Seife!“ „Seife!“ laben zu dürfen. Jedenfalls glaubt die Firma in Anbetracht der ersten Mißerfolge mit der Herausgabe von Geldern für derartige Zwecke vorsichtiger werden zu müssen. 500 Nachwurfsfest gleich 46 Mk., das ist immerhin genug für ein erfolgreiches Unternehmen. Wenn auch diese Förderungsmittel nicht im Grunde sein, selbst die „Ausermühten“ dieser Firma über die wahren Absichten hinwegzukommen. Hat diese doch wiederholt bewiesen, daß die ganzen Besorgnissen und Wohlthatsrichtungen nur als Mittel zum Zweck dienen. Wohl wird noch eine geraume Zeit vergehen, bis diese, ihres Koalitionsrechtes beraubten Arbeiter sämtlich organisiert sein werden, aber unermüdet, nie erlahmender Agitation wird es doch gelingen, die Bedenken dieser Kollegen zu beseitigen und sie der Organisation zuzuwenden. Trotz alledem und allem!

Berlin. Einen nennenswerten Erfolg erzielten die Kollegen der Stempelfabrik G. R. Cooke u. Weylandt, Berlin, Friedrichstraße 105 a, durch ihr festes geschlossenes Vorgehen. In genannter Fabrik arbeiten neben einem Theil gelernter Arbeiter auch ungelernnte. Gerade diese letzteren sind es, welche vermöge ihrer Organisation und des durch diese gepflegten Solidaritätsgefühls in dieser keineswegs günstigen Konjunktur doch eine wesentliche Verbesserung ihrer Lage herbeiführt haben. Wie fest das Vertrauen der Einzelnen zu einander war, möge folgendes bezeugen: Die zehn Arbeiter, welche den vorübergehenden Aufschwung in ihrer Branche wahrzunehmen wollten, forderten die 9-kündige Arbeitszeit, 3 1/2 h der Ueberstunden, wenn aber unbedingt unthwendig, dann Bezahlung von 25 Prozent Aufschlag. Minimallohn pro Woche 24 Mark, bisher 21 Mk. Nachdem diese Forderungen in entsprechender Weise vorgetragen waren, wurden sie anstandslos bewilligt. Ein Beweis, daß selbst in Fabriken und Werkstätten mit geringer Arbeiterzahl bei guter Organisation und richtiger Auswahl der Zeit Lohnverbesserungen und Arbeitszeitveränderungen durchzuführen sind. Man kann, gestützt auf Vorgehendes, denen ganz energisch entgegenzutreten, die fortwährend den Unfuss verkreisen, daß es zwecklos wäre, sich zu organisieren, wenn die Zahl der in Betracht kommenden Arbeiter eine zu kleine ist. Die Thatsache, daß gute Gewerkschafter auch meist gute Arbeiter sind, hat sich im Vorstehenden wieder einmal bewiesen, denn wäre dieses nicht der Fall, so hätten wohl sicherlich die Kollegen in dieser doch für ihre Forderungen denkbar ungünstigsten Zeit, wo annähernd in Berlin 100 000 Arbeitslose sind, etwas Detartiges inszeniert, wo doch zu beschreiben war, daß unter den vielen Beschäftigungslosen leicht der Eine oder Andere sie zu ersehen in der Lage sein konnte. Wir wollen hoffen, daß dieser schöne anerkannter Erfolg den Kollegen für die Zukunft unverkürzt bleiben möge.

Bödingen. Am Sonntag, den 10. November, tagte unsere Hauptversammlung. Bei Bekanntgeben des Kassenerichts, welcher eine Einnahme von 163,15 Mk. und eine Ausgabe von 159,62 Mk. ergab, so daß nach ein Lokalkassen-Bestand von 3,53 Mk. verblieb, wurde das Fernbleiben der Revisoren getagt, dem zweiten Bevollmächtigten, Kollegen Koll, wurde aber trotzdem auf Grund der gegebenen Unterschriften der Revisoren Entlassung zu Theil. Im Jahresbericht wurde konstatiert, daß die Zahlstelle Bödingen seit ihrem einjährigen Bestehen bis auf 69 Mitglieder angewachsen ist, was der Zahlstelle ein ferneres, sicheres, wenn auch langames Emporkommen zusichert. Zweck der Errichtung eines Arbeitersekretariats in Heilbronn wurde em ablehrender Standpunkt eingenommen und zwar deshalb, weil wir unsere Mitglieder bei dem gegenwärtigen schlechten Geschäftszugang nicht zu Extrabeiträgen heranziehen können, da sonst die Besüchtigung besteht, daß wir Mitglieder verlieren. Vorge schlagen wurden Kollege Garder als erster Bevollmächtigter, als zweiter Kollege M. Luz, als dritter Kollege Schaffner. Unter „Verschiedenes“ nahm ein Kollege aus Heilbronn das Wort. Er führte aus: Gerade jetzt unter dem wirtschaftlichen Niedergang, der allenthalben Arbeiterentlassungen zur Folge habe, zu Lohnreduzierungen führe, sollten die Arbeiter sich ihrer Lage bewußt werden. Denn die Unternehmer benutzten die Uneinigkeit der Arbeiter, um Lohnreduzierungen durchzuführen, damit die Gewinne sich wieder heben. Nach der Polik und dem Glend der Arbeiter fragt Niemand, beschäftigt man sich doch gegenwärtig sogar damit, durch Erhöhung der Zölle auf wichtige Nahrungs- und Lebensmittel eine Preissteigerung der letzteren herbeizuführen. Von der Zuderfabrik in Heilbronn wird angeführt, daß sie im Geschäftsjahr 1900 nach Abgang von 308 718,39 Mk. für Abreibungen, Lantienem u. s. w. noch einen Reingewinn von 262 608,32 Mk. erzielt habe. Nehme man an, daß die Zahl der auf der Zuderfabrik beschäftigten Arbeiter 250 betrage, nehme man ferner an, ihr Tagelohn sei 2,50 Mk., so mache das bei 300 Arbeitstagen einen Gesamtjahresverdienst von 750 Mk. pro Arbeiter. Würde der Reingewinn nicht auf die Aktionäre, sondern an die Arbeiter zur Verteilung kommen, so würde jeder der Arbeiter noch über 1000 Mk. erhalten. Also habe jeder Arbeiter über seinen Lohn hinaus den Aktionären 1000 Mk. ersparungen müssen. Die Arbeiter, welche sich die Ausbeutung ruhig gefallen lassen, tragen selbst die Schuld, daß sie ihr ganzes Leben in Armut und Sorge, Glend und Entbehrung verbringen müssen. Darum auf, Mann für Mann, agitiert für den Verband, läßt die Fernstehenden auf.

Bretzenheim. Sonntag, den 17. November, tagte im Lokale des Kollegen Bött eine mangelhaft besuchte Versammlung. Die Versammlung hatte zunächst die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag zu bringen. Alsdann entspann sich eine theilweise recht lebhaft Debatte, in der verschiedentlich betont wurde, daß der Rückgang der Zahlstelle durch die Hauslungen einiger Personen verursacht worden sei. Es bedürfte nur tüchtiger Agitation, um unsere Zahlstelle wieder auf die frühere Höhe zu bringen. Für dieses Ziel einzutreten versprochen alle als Bevollmächtigte und Revisoren vorgeschlagene Personen.

Gotha. Die merkwürdigen Beser müssen wohl annehmen, bei uns sei Alles im Zoth. Denn schon lange hat Gotha nichts von sich hören lassen. Mittler sind wir Alle noch, aber zählen wir die Säupter unseres Sieben, so fehlt uns manches theure Säupt. Um eine Anzahl davon noch zu gewinnen, wurde am 27. November eine öffentliche Versammlung abgehalten. Der Landtagsabgeordnete Joss von Gotha referierte über „Die wirtschaftliche Krise und die Organisation“. Die eigentliche in der Versammlung erscheinen sollten, waren nicht da, es waren alles organisierte Kollegen. Durch die schlechte Geschäftslage und durch den Verlust eines Arbeitslohnes von einem Tag in der vorausgegangenen Woche (Lufttag) waren höchstens 150 bis 200 Personen da. Der Referent verstand es, die Anwesenden zu fesseln, forderte sie auf, festzuhalten an der Organisation; wenn auch der Beitrag etwas drückend in der schlechten Zeit empfunden werde, so würde es doch noch mal Frühling werden. Aufnahmen konnten nicht stattfinden, wohl aber Lebens wir in der Hoffnung, daß die Versammlung dazu beigetragen hat, die Dankemühtigen zu festigen und den Bestand zu erhalten.

Greppin. Nach langjährigem Kampfe ist es den Arbeitern Greppin gelungen, ein Lokal zur Abhaltung von Versammlungen zu erhalten. Die erste Versammlung tagte denn auch bereits am 23. November und war von 300 Personen besucht. Ueber das Thema: „Der Kampf ums Dasein“ referierte Stadt-

verordneten Klüger aus Halle. Medner schilderte in sachlichen Ausführungen die Noth und das Elend der arbeitenden Klassen und gab ein Bild von den gewerkschaftlichen Kämpfen, die zur Bannung der Noth und des Elends bereits geführt worden sind. Auch die Rede des Oberbürgermeisters von Halle, die dieser auf der Konferenz zur Prüfung des Umfangs der Arbeitslosigkeit in Halle gehalten (Siehe „Proletarier“ Nr. 24.) fand entsprechende Würdigung. Das Referat schloß mit einer Aufforderung zum Anschluß an die Gewerkschaftsorganisationen. Einige Ausnahmen wurden auch für unseren Verband vorgeschlagen.

Hamburg. In der Mitglieder-Versammlung am 20. November im Lokale des Herrn Horn, Hohe Bleichen, berichtete Ahrens über einen Antrag des Verbandes der Schneider im Gewerkschaftsartikel, dahingehend: Jedes Gewerkschaftsmitglied möge den Verband der Schneider dadurch unterstützen, daß es die Namen und Adressen ihnen bekannter Konfektionsarbeiter dem Verbands der Schneider zwecks Agitation übermittle. Der Kartellbericht wurde von Ahrens erstattet. Zum 3. Punkt, Ueberprüfung über die Errichtung eines Gewerkschaftshauses, wurde beschlossen, daß unsere Zahlstelle vereint mit den übrigen Zahlstellen Hamburgs einen Anteilshaus in der Höhe von 1000 Mk. übernehmen solle. Dieses sowie die Errichtung desselben wurde mit 22 Stimmen angenommen. Unter „Beschwerden“ wurde Mensing als Hilfskassier gewählt. Ferner berichtet G. Ribb, daß am 20. November die Kasse revidiert und Alles in vollster Ordnung gefunden wurde. Wahl fragt an, ob die Herbergscommission die Herberge schon mal revidiert hätte? Ahrens erwiderte, die Herbergscommission war da, wurde aber wieder abgewiesen! Die Versammlung nahm dann Noth und wird später wieder auf die Angelegenheit zurückkommen.

Pellighausen. In der am 25. November hier tagenden Zusammenkunft der Einzelmitglieder wurde die Gründung einer Zahlstelle beschlossen und die Bevollmächtigten und Revolutoren vorgeschlagen. Es sind bereits 30 Mitglieder gewonnen und weitere Aufnahmen in Aussicht. Mäße der Zahlstelle ein ferneres Blühen und Gedeihen sicher sein zum Wohl der Mitglieder. Die Versammlungen tagen jeden zweiten Sonnabend im Monat auf der Herberge.

Leipzig. In der am 26. November tagenden Versammlung referierte Kollege Bohr II über die Entwicklung der jetzigen Straße. Medner schilderte die Lage der arbeitenden Klasse. Er betonte, daß das Ueberangebot von Arbeitskräften, die Zunahme der Frauen und Kinder in der industriellen Beschäftigung jetzt groß sei. Daher empfehle es sich jetzt nicht, in Arbeitseinstellungen einzutreten, wohl aber müsse die Organisation ausgebaut werden, um durch den Einfluß der jetzt zunehmenden Lohnherabsetzungen eine Grenze zu ziehen. Den Bericht von der Gaulkonferenz erriehete Kollege Bemisch. Er meinte, daß in den letzten zwei Jahren die Arbeiter für die Organisation doch furchtbar gewesen seien. Natürlich hätte ein größerer Fortschritt gemacht werden können. Unser Ziel müsse sein, genau so weit zu kommen wie die Kollegen in Martrankstadt, wo die Mehrzahl der Arbeitenden organisiert ist. Dann würde es auch hier bessere Löhne geben. — Als Vertrauensmann wurde Kollege Fohle gewählt, als Kassier Kollege Bohr I. Die Agitationskommission wird gebildet aus den Kollegen Stange, Klörke und Fuchsberg. In den Gauvorstand werden die Kollegen Schilke, Bemisch und Schwarte gewählt. Darauf erhebt Kollege Bohr I das Wort. Er bleibt bei seiner Meinung, daß der Seifenfabrikbesitzer Herr Strackh ihn habe aus der Arbeit bringen wollen. Wenn der Versuch auch nicht direkt gemacht worden, so aber indirekt. Ferner könne man behaupten, daß Herr Strackh die Löhne, die er der „Leipz. Volksztg.“ mittheilt, nicht bezahlt. Er mag Löhne von 27, 26, 24 Mk. zahlen, aber nicht an Seifenarbeiter, sondern an Süttcher, Feuermann und Kuchler. Diese sind doch aber keine Seifenarbeiter. Medner meint ferner noch, es könne nicht unterbleiben, auch mal die Hilfsarbeiter der Rauchmaatenfabriken aus ihrem Schlaf aufzurütteln. Als sie im Februar mit den Kürschnern in Streik kamen, war der Verband da; auch mußten sie da, wobei sie sich zu wenden hatten, um ihre Unterstützung in Empfang zu nehmen. Heute aber hatten sie es nicht mehr für nöthig, ihren Verpflichtungen nachzukommen und sich einmal in der Versammlung sehen zu lassen.

Koffen. Die hiesige Papierfabrik ist schon mehrfach der Gegenstand kritischer Besprechung in der „Volksstimme“ gewesen. Jetzt behandelt diese Zeitung wieder einen Fall, der sich auf genannter Fabrik ereignet hat und welchen wir unseren Kollegen mittheilen wollen. Vor nicht allzulanger Zeit war der zweite Maschinenführer D., ein erst achtzehnjähriger junger Mann, beim Papierfabriken beschäftigt. Dabei roßte sich das Papier vor dem Trockenstiel und dem Zylinder zusammen, ohne daß der Arbeiter es hindern konnte, daß das Papier durch den Zylinder lief, wobei der Stiel riß. Der Direktor bestrafte den jungen Mann in recht größlicher Weise. Am Sonnabend erhielt der Arbeiter dann folgenden, geradezu ungeheuerlichen Strafzettel:

Maschinenführer D.
zählt wegen nachlässigen Zerreißen des ersten unteren Trockenstieles, welcher erst zur einzigen Hälfte abgenutzt war, 280 Mark (Zweihundertachtzig Mark) und 44 Mk. (vierundvierzig Mark) Strafbuß, zusammen 324 Mark (dreihundertvierundvierzig Mark). Es wird wöchentlich 5 Mk. abgezogen.
Datum: 9. 11. 01. Süttner.

Heigis, Direktor.
Das ist dem doch unerhört, einem Arbeiter eine solche Summe abzuziehen zu wollen, obwohl ihm ein direktes Verschulden gar nicht nachgewiesen werden kann. Der junge Mann verdient wöchentlich 19 bis 22 Mk. Von diesem elenden Verdienst sollen ihm nun 65 Wochen lang je 5 Mk. abgezogen werden. Das geht über alles das hinaus, was uns an Unternehmerranmacherei jemals schon vorgekommen ist. Die man uns weiter mittheilt, sollen ähnliche Vorgänge gar nichts Seltenes in diesem Betriebe sein. So wurden dem „Holländer-Rüller“ Sch. einmal 85 Mk. Strafe bezw. Schadenersatz aufgebahrt und in wöchentlichen Raten zu 1 Mk. zum Abzug gebracht, weil ihm zwei Futzle Stroh anstießen. Der Maschinenführer W. erhielt gleichfalls einmal 10 Mk. wegen eines ganz geringfügigen Fehlers abgezogen und vorige Woche schon wieder 5 Mk. Der erste Maschinenführer H. ist gleichfalls schon mit 10 und 3 Mk. bestraft worden. Das sind einfach tolle Zustände, die aber auch beispiellos für den Geist der Arbeiter in diesem Betriebe sind. Doch müßten sie schon längst einmal energisch protest gemacht haben gegen ein derartiges Willkürregiment. Schmarozerei unter der Leitung selbst geht in hohem Maße; kein Wunder, wenn der Direktor gar keine Umstände mit den Letzten macht. Bedenkt interessanter sich auch der Gewerkschaftsleiter einmal nachzusehen für diesen Betrieb und die dort herrschenden Zustände. Wer Allen die Ueberechtigungen für das in Koffen übliche Verfahren der Unternehmung zu lassen in dem großen Industrieschmarozerei gegenüber der Organisation. Das ist doch hundertmal zu sagen! Die Unternehmung ist legal! Ist uns doch der Rath aus Koffen bekannt, wo ein Jubiläum einem Maschinenführer gegenüber festgesetzt wurde, und als dieser deshalb das Arbeitsverhältnis sofort löste, dann nach die Inanspruchnahme des Gewerkschaftsleiters. Natürlich ohne Erfolg. Die Zeit in Koffen ist auch die Geburtszeit der dieser Art Strafen durch die Unternehmung — einem Betriebsgenossen — gemacht zu werden. Ueberhaupt. Ueberhaupt. Ueberhaupt.

Sammlung von dem Rechte der Kritik Gebrauch machte, entlassen werden. Der Direktor wurden die Auslassungen brüchig überbracht. Die Direktion bezeichnete unsere in der Nummer 23 des „Proletarier“ gemachten Darlegungen als unanständig beruhend und forderte deren Widerrufung. So widerrufen haben wir nicht! Nur eine Nichtigstellung sei hiermit vorgenommen. Wir schreiben, der in Frage kommende literarische Arbeiter sei engagiert worden mit dem schriftlichen Versprechen, daß er sofort zur Deckung der Reisekosten einen genügenden Vorschub erhalten würde. Inwiefern von einem Versprechen die Rede sein kann, mag der Brief der Direktion selbst erhärten. Er lautet:

P. P.
Auf Ihr werthes Schreiben theilen wir Ihnen mit, daß wir einen Reisevorschub im Voraus nicht gemäßen. Wenn Sie ohne einen solchen antreten wollen, können Sie anfangen. Unsere Löhne sind: Anseher 2,20—2,50 Mark; Flegerin 1,60—1,80 Mk.; Anfängerin 1,10—1,80 Mk.
Jeder Arbeiter wird aus einem solchen Brief die Zusage nehmen, daß er nach seiner Ankunft Reisekosten erhält. Daß die Direktion einen Arbeiter entläßt, der sich eine sachliche Kritik der Betriebszustände gefallen, ist auch bezeichnend.
Sommerenddorf. In unserer am 2. Dezember tagenden Mitgliederversammlung wurden die Abrechnungen vom ersten Quartal und vom Stiftungsfest vorgelegt und für richtig befunden. Ein Kollege führte an, daß es auf der hiesigen chemischen Fabrik so wie bisher nicht mehr weiter gehen könne. Es müsse unterbleiben, daß ein Arbeiter dem anderen zum Schaden arbeite. Jetzt müßten zwei Kollegen feiern wegen einer Sache, die hätte vermieden werden müssen.
Ertrigan. Als wir vor Jahresfrist in einer Bewegung standen, um Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden und eine Aufbesserung der niedrigsten Löhne zu erreichen, da erkannten wohl Viele die Nothwendigkeit an, daß man sich einigen müsse, wenn man siegreich etwas erkämpfen will. Nach wuchs die Organisation an; dem Rückhalt, den die Gesamtorganisation bot, ist es denn auch gelungen, den Wünschen der Arbeiter einige Beachtung zu verschaffen. Als diese sich im Besitze der erkundenen Vortheile fühlten, da dachten Viele von ihnen, der Mohr — in diesem Falle der Verband — hat seine Schuldigkeit gethan, der Mohr kann gehen, sie geben ihre Mitgliedschaft auf. Heute, wo der Kampf der Unternehmer wieder heftiger geschwollen ist, sind diese Kollegen und Kolleginnen jedes Widerstandes unfähig, jeder Waffe der Vertheidigung beraubt, sie haben ja selbst die „Hörner ins Korn geworfen.“ Ob ihnen nun das Verderbliche ihres Handelns bewußt geworden ist? In ihrem Interesse läge es, wenn sie die jetzige Zeit benutzen wollten zum Sammeln um die Fahne der Organisation, damit beim Aufbrechen des geschäftlichen Niederganges die Möglichkeit gegeben ist, eine Bewegung zum Aufbessern der Verhältnisse zu organisieren; daher werbt und sammelt die ehemalige Kampfgemeinschaft, die jetzt versprengt sind, zu einem fähigen Kampfes- und Vertheidigungsheer.

Uhlenhorst. Am 16. November tagte bei Binning, Bachstraße, unsere Versammlung. Ueber die Errichtung eines Gewerkschaftshauses referierte Genosse Sarnau. Er schloß seinen 1½stündigen Vortrag mit der Motivierung, daß auf Grund der mittheilungsfähigen und politischen Bewegung wird verpflichtet sein, für den Bau eines solchen Hauses zu stimmen, und es der Hauptzweck sei, uns auf diese Weise von der kapitalistischen Klasse abzukönnen. Hieran schloß sich eine ziemlich ausgedehnte Debatte. B. spricht entschieden gegen die Errichtung eines Gewerkschaftshauses und kann sich gar nicht denken, wo das Gewerkschaftsartikel das Geld dazu hernehme soll. Z. tabelt das Vorgehen des Vortragners und führt u. A. aus, daß die Gewerkschaften in gemeinschaftlicher Versammlung gegen zwei Stimmen für den Bau eines solchen Hauses gestimmt hätten. Wir gäben für Strauß, die im Voraus als verloren zu bezeichnen wären, unsere Gelder hin, weshalb sollten wir nicht für ein Unternehmen für das allgemeine Wohl stimmen? Unserer Zahlstelle würden dadurch ungefähr 60 Mk. Kosten erwachsen. Er ermahnt die Kollegen, für die Erbauung zu stimmen. R. schließt sich wohl den Ausführungen des Vortragners an, glaubt aber, daß ein Antheil mit 1000 Mk. zu hoch sei. Z. ermahnt, von dem Antrage abzukönnen, da wir noch Zeit genügend hätten, um uns die Sache reiflich zu überlegen. B. hebt dann hervor, daß wir die Gelder für andere Zwecke besser verwenden könnten, es würde so weit kommen, daß wir wieder mehr Extraktuern geben müßten. Die 200 000 Mk. genügen nicht einmal, den Grund für einen solchen Bau zu erwerben, wozu wohl allein 1½ Millionen erforderlich seien. Auch führt als Gleichniß das Gewerkschaftsmitglied in Lbede an, wo die Arbeiter alle dort dabei wohnen. Hier in Hamburg sei es zu weiläufig, dasselbe in den Mühselstunden zu besuchen. G. ist anfangs wohl dagegen gewesen, durch die verschiedenen Berichte aber anderer Meinung geworden. Alle unsere Zahlstellen, bis auf Hamm, haben sich mit einem Anteilshaus an dem Bau beteiligt; die St. Georgier wollten sogar einen Antheil ertra nehmen. Sarnau widerlegte nun mit kräftigen Worten die irrgen Ansicht der Kollegen, welche für den Bau eines Gewerkschaftshauses nicht zu haben sind. Er führte noch in kurzen Worten alles vorher Gesagte vor Augen und schloß mit den Worten: „Willst Du das Ganze erreichen, so schließe Dich auch dem Ganzen an!“ Hierauf wurde mit allen gegen eine Stimme folgende neun Zenge eingereichte Resolution angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten und dem Vorschlage der Kartellkommission einverstanden. Ferner wird beschlossen, sich mit einem gemeinsamen Antheil (sämmliche Zahlstellen Hamburgs) von 1000 Mk. zu beteiligen.“ Dann giebt Zepel kund, daß der Unterhaltungsabend am 16. Dezember bei Herrn Greis, Kanalstraße, stattfinden, und aus der Kassa 12 Mark bewilligt seien, um Gewinne anzukaufen.

Wandebese. Eine Mitglieder-Versammlung tagte am 13. November bei A. Behn, Sternstraße. Nachdem das Andenken der verstorbenen Kollegen Hagelstein und Huß in üblicher Weise gelehrt, hielt der Genosse Kaufstätter einen Vortrag über: „Das Koalitionsrecht und wie stellen sich die Arbeitgeber zu demselben?“ Reicher Beifall wurde dem Redner am Schluß seines Vortrages zu Theil. Dann gab der 1. Bevollmächtigte die Worte an zur Agitation unter den im Bleichergewerbe beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen bekannt, womit die Versammlung sich einverstanden erklärte. An Stelle des bisherigen Hilfskassiers wurde Hermann H. als Kassier, als Festansatz zum nächsten Sommerfest Martens, Erichel und Zühlmaier.

Ueber „Der wirtschaftliche Kampf und seine Folgen“ sprach am 23. November 1901 in Gmüsenfelde der Genosse von Rosenthal. Die Ausführungen des Referenten gaben ein Bild von der Wirkung der Krise. Daß diese so heftig zum Ausdruck kommen, sei mit auf die Arbeiter und ihre ungenügende Organisation zurückzuführen. Stärkere Antheilnahme der Arbeiter an ihrer Organisation würde ihre Kaufkraft gebären, Abfall und Erzeugung wären dann nicht auf den heutigen Zustand gekommen. Die Abschaltung eines Unterhaltungsabendes wurde nach kurzer Debatte der nächsten Versammlung zur Aufhebung überwiesen.

Neue Adressen und Adressen-Veränderungen.
Agitationsbezirk Sachsen 1 (Sieh Leipzig). Vor: Karl Bemisch, Lindenau, Rudolfstraße 5, 3. Et. L. Kassier: Emil Schilke, 2-Blagis, Gieselerstraße 42.

Hamburg. Georg Weitinger, Unterer Baiterleh H. 179, Elmshorn, Weststr. 16.
Essen. Ludw. Jordan, Dorbe, Wachtstraße 7.
Hannover. Karl Hying, Sandstraße 10.
Hollighausen. Peter Best, Hauptstraße.
Lehrhausen. Wolfgang Gauspenberger, Frühlingstr. 31.
Lehrn. Friedrich Baatz.
Leipzig. Vertrauensmann: Emil Pohle, S.-Kleinshofer, Brunnenstraße 5. Kassier: Karl Bohr, S.-Lindenau, Güttsmühlstraße 45, 1. Et.
Neudorf. Wilhelm Bege, Beldelsdorf, Neue Dorfstraße 37.
Oberbach (Gau 15). Martin Böh.
Weisenau. Vincenz Popp, Wassergasse 19.
Zehau. Ulrich Pfau, Hoff.

Quittung.
Es werden nur die Gesamtbeträge quittiert, eine Spezialquittung derselben erfolgt an dieser Stelle nicht mehr. Bei der Hauptkasse gingen seit dem 27. November folgende Beträge ein:
Lbede 16,06. Cälbe a. S. 351,60. Mühlheim a. M. 71,60. Rosenheim 16,85. Gölbin 11,15. Höcht a. M. 84.—. Thale a. G. 64,35. Langenberg 26,95. Langensfeld 213,35. Parnstedt 6,70. Bismarck 25,10. Arnsdorf 15,50. Grevesmühl 28,75. Gonsenheim 10.—. Wunstede 62,80. Hannover 1,50. Striegau —20. Bodenheim 27,70.
Schluß Dienstag, 10. Dezember, Mittags 12 Uhr.

Sterbetafel.
7431. Anton Jugauer, geboren am 18. Januar 1870, eingetretten am 20. März 1897, gestorben am 12. Oktober 1901 in München.
20 118. Ludw. Jakobson, geboren am 30. Juli 1858, eingetretten am 6. September 1896, gestorben am 4. September in Gensburg.
012 940. Johann Ditten, geboren am 26. Juli 1859, eingetretten am 12. April 1896, gestorben am 1. Dezember in Gensburg.
1091. Wilhelm Koch, geboren am 25. März 1864, eingetretten am 1. Oktober 1892, gestorben am 30. November in Gensburg.

Inserate.
Einzelmitglieder von Göslin und Zanow.
Die Versammlungen tagen vom 1. Januar 1902 ab für Göslin Sonntag vor dem 15. eines jeden Monats, in Zanow Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats. Es ist erforderlich, daß die Versammlungen von allen Mitgliedern, soweit möglich auch von deren Frauen besucht werden.
Der Vertrauensmann.

Zahlstelle Gildesheim.
Das Verkehrslokal befindet sich jetzt beim Kollegen Greis, „Gewerkschaftshaus“, Gieselerstraße 23. Dasselbst wird auch das Reisegehalt ausgehakt.
NB. Versammlungen finden jeden letzten Sonnabend im Monat statt.
Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Kellinghusen.
Sonntag, den 14. Dezember 1901, Abends 8 Uhr, in der „Volkshalle“: Mitglieder-Versammlung. Wegen der wichtigen Tagesordnung bitten wir die Mitglieder, vollständig zu erscheinen.
Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Kolberg.
Dem Kollegen Hermann Wahl und seiner Ehefrau zu ihrer am 19. Dezember stattfindenden silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Linden.
Montag, den 16. Dezember 1901, Abends 8½ Uhr: Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Tännies. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen A. Paul über: „Polarkforschung“. 2. Diskussion. 3. Werbungsangelegenheiten. 4. Bericht des Genossen. Zahlreicher Erscheinung nicht entgegen.
Der Bevollmächtigte.

Unsere Kollegen Wilhelm Gauschow und seiner werthen Frau: Frau. Schade zu ihrer am 15. Dezember stattfindenden Hochzeit die besten Glückwünsche.
Die Mitglieder der Zahlstelle Dranienburg.

Dem treuen Kollegen Ferdinand Weule zu seinem am 17. Dezember stattfindenden Wiegenfeste ein dreifach sonnerrubendes Glückwunsch in Dranienburg schallt und in Sandhausen widerhallt.
Die Bevollmächtigten für Dranienburg.

Zahlstelle Weisenau.
Sonntag, den 15. Dezember, Nachmittags 3 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Vollständiges Erscheinen ist Ehrenpflicht der Mitglieder.
Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Wilster.
Allen Kollegen zur Nachricht, daß die Versammlungen jeden zweiten Mittwoch im Monat beim Kollegen G. Siehle, Klosterhof, stattfinden.
[75 Pf.]

Zahlstelle Zülchow.
Sonntag, den 15. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, im Bredower „Schützenhaus“: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Erhebung der Beiträge. 2. Bericht des Kartellleiters und Revue der Zahlstellen. 3. Sozialfrage. 4. Werbungsangelegenheiten. Da dies die letzte Versammlung vor Ablauf des Jahres ist, so möge jedes Mitglied erscheinen. Gleichzeitig werden die Kollegen ersucht, ihre reitenden Beiträge zu begleichen, da mit Anfang des nächsten Monats die Abrechnung erfolgen muß.
Die Bevollmächtigten.

Die Verbandskollegen werden ersucht, falls der Kollege Alf. Weilhauer, S.-Nr. 5. II 81 745, eingetretten am 1. 4. 1900, sich in irgend einer Zahlstelle anmeldet — wahrcheinlich hat er sich nach Hamburg oder Kiel gewandt —, dem Unterzeichneten unter Bezeichnung der Wohnung des B. sofort Mitteilung zu machen.
[20 Pf.]
Wilk. Feste, 2. Bevollmächtigter, Zülchow, Anhaltsstraße 9, III.